

... ins Stocken geraten; ...
... die Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland ...
... die Arbeiterzüge im An- ...
... nicht aufgenom- ...
... In den Werkstätten wird gearbeitet.

Neueste Nachrichten.

Roblenz, 24. Nov. Wie gemeldet wird, heißt es in dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs, daß die Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland sich auf 257 Millionen Dollar belaufen, wovon Deutschland 22 1/2 Millionen bezahlt habe.

Kassel, 23. Nov. Bei dem Fabrikumbau der Lokomotivfabrik von Henschel ereignete sich ein schweres Bauunglück dadurch, daß die eiserne Dachkonstruktion einstürzte und eine Anzahl Bauarbeiter unter sich begrub. Ein Arbeiter wurde getötet, fünf wurden schwer verletzt.

Görlitz, 23. Nov. Heute früh legten die Metallarbeiter, nachdem gestern wegen Lohnminderungen der Streikbeschluß gefaßt worden war, in allen Betrieben, soweit sie dem Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens angehören, die Arbeit nieder.

Berlin, 24. Nov. Wie der „Berl. Lokalan.“ meldet, ist der kommunistische Hauptling, Gärtner Streibel, vom Volksgericht zu 12 Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Berlin, 24. Nov. Blättermeldungen aus Stettin zufolge sind die Verhandlungen zur Beilegung des Landarbeiterstreiks niemals gescheitert. Nach Meldungen von Rügen ist es dort zu Ausschreitungen der Ausschüßigen gekommen.

Berlin, 24. Nov. Der „Voss. Ztg.“ zufolge hat sich der Streik in Ratibor fast auf die ganze Industrie ausgebreitet. Auch die Belegschaften der Eisenbahnhauptwerkstätte und der Betriebswerkstätte sind in den Ausstand getreten.

Stockholm, 24. Nov. „Nordiska Pressezentralen“ meldet aus Helsingfors, der deutsche Gesandte Freiherr v. Brodowitz getrennt dem Präsidenten der Republik sein Abberufungsgeschreiben überreicht. Der neue Gesandte, Dr. Wallroth, werde heute oder morgen in Helsingfors eintreffen.

Amsterdam, 24. Nov. Nach Ansicht der Ärzte besteht für die ehemalige deutsche Kaiserin keine unmittelbare Lebensgefahr. In ihrem Lager weilen der Kronprinz, Prinz und Prinzessin Adalbert, Prinz Oskar und Herzog und Herzogin von Braunschweig.

Amsterdam, 23. Nov. Wie die Blätter aus London melden, wurde General Townshend, der Verteidiger von General Amara bei der Erstwahl in Brestin, ins Unterhaus gewählt.

Paris, 23. Nov. Nach einer Londoner Meldung des „Paris“ hat das Auswärtige Amt vorgeschlagen, der Staatssekretär des Neupeters, Wertheim, möge am 25. Nov. in London sein. Ministerpräsident Vaugues werde erst am 2. nachfolgen.

Paris, 23. Nov. Der neue englische Botschafter in Paris, Lord Marding, wird Ende dieser Woche in Paris ankommen.

Paris, 23. Nov. Der Gemeinderat von Paris hat an demselben eine Sympathieadresse gerichtet und beschlossen, die Straße in Paris nach ihm zu benennen.

Genf, 24. Nov. Der Völkerbundsrat hat beschlossen, die skandinavischen Staaten einzuladen, sich an der polizeilichen Überwachung des Abtötungsgebietes von Wilna zu beteiligen. Jeder Staat wird gebeten, nach Wilna ein Bataillon von hundert Mann zu senden.

Marzelle, 23. Nov. Heute sind einige griechische politische Persönlichkeiten angekommen, die sich nach Nizza begeben wollen.

Rom, 24. Nov. Wie Messaggero aus Belgrad meldet, bestimmt Besenitsch anstelle des zurückgetretenen Trumbitsch als Ministerium des Neupeters.

Rom, 23. Nov. d'Annunzio erklärte, wie die „Epoca“ berichtet, er erkenne den Vertrag von Rapallo nicht an. Die Verhandlungen zwischen d'Annunzio und Cavaglia werden diesen noch fortgesetzt.

Rom, 23. Nov. Eine Depesche aus Zara besagt, daß

die Nachricht über die Besetzung der Inseln Selos und Ubo durch Legionäre d'Annunzio jeder Grundlage entbehrt.

Wien, 23. Nov. In Beantwortung der Anfrage der alliierten Regierungen erklärte die Regierung, daß sie gerne einen Teil der Truppen Wrangels in Wien aufnehmen werde.

Wien, 23. Nov. Die Regierung hat, um die Rückkehr Konstantins zu beschleunigen, beschlossen, unwiderruflich eine Volksabstimmung auf der Grundlage der Wählerlisten vorzunehmen. Das Datum des Plebiszits wurde vom 28. Nov. auf den 5. Dez. verschoben. Der Regierungspresse zufolge wird sich Rhallis in die Hauptstädte der Entente begeben, um direkte Besprechungen anzuknüpfen.

Der Finanzausschuss zum Etat des Innern.

Stuttgart, 23. Nov. Der Finanzausschuss des Landtags begann heute die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Berichterstatter Pralg gab einen allgemeinen Überblick über die im Ministerium tätigen Beamten und Angestellten. Redner der Bürgerpartei, der Deutsch-demokratischen Partei und der beiden sozialistischen Parteien stellten eine große Anzahl von Anfragen an den Minister des Innern. Dieser antwortete, daß er, soweit es sich um Anträge handele, die sich auf einzelne Etatposten bezögen, seine Erklärungen bei der Beratung der betreffenden Titel abgeben werde. Zu den allgemeinen Anfragen nahm der Minister folgende Stellung ein: Die Aufhebung der Kreisregierungen sei nach seiner Überzeugung erst notwendig, wenn eine Kenderung der Gemeinde- und Bezirksordnung durchgeführt sei; vor dem Sommer nächsten Jahres sei es ihm aber nicht möglich, diesen umfangreichen Gesetzentwurf vor den Landtag zu bringen. Die Staatsvereinfachung werde vom Ministerium des Innern dann durch Zusammenlegung einzelner Oberämter zu größeren Oberamtsbezirken durchgeführt werden. Er hoffe diese Frage zugleich mit der Gemeinde- und Bezirksordnung einer Lösung entgegenführen zu können. Eine Verschmelzung der Landarmenverbände sei in Aussicht genommen. Er wolle zugleich einen Lohnausgleich herbeiführen. Sodann behandelte der Minister die Eingemeindungsfragen von Stuttgart und stellte sich auf den Standpunkt, daß Hedelfingen und Obertürkheim nicht vorweg nach Stuttgart eingemeindet werden könnten. Gleichseitig müsse auch die Eingemeindung von Volman, Kallental und bei einen oder anderen Gemeinde vorgenommen werden. Die Sache sei schwierig, weil die Existenz des Oberamts Gammstatt davon abhängt und weil auch die Oberämter Weiblingen und Ludwigsburg dadurch in Mitleidenschaft gezogen würden. Hinsichtlich des Reichskommunalversicherungs-gesetzes sprach der Minister aus, daß dieses für Birklingen keine praktische Bedeutung habe. Im übrigen werde er nur solche Gesetzentwürfe befeuern und selbst einbringen, die unbedingt notwendig seien; eine gewisse freie Entwicklung der Gemeinden und der Allgemeinheit müsse auch nach möglich sein. Hinsichtlich des Bau- und Wohnungswezens hoffe er in verhältnismäßig kurzer Zeit mit einem großzügigen Plan vor den Landtag treten zu können. Die Zwangsbevirtschaftung des Wohnraumes müsse zwar bleiben, aber eine gewisse Abkehr von der gegenwärtigen Art der Bewirtschaftung sei notwendig. Hinsichtlich der Erstellung neuer Wohnungen siehe er auf dem Standpunkt, daß eine Dezentralisation notwendig sei und daß mehr im Lande draußen und in den kleinen Gemeinden gebaut werden müsse. Die Großstädte dürften nicht noch mehr verunehrt werden. In der Herstellung von Baustoffen empfohle sich vielleicht das System der gemischten Wirtschaft (Beteiligung von Kommunen an den die Baustoffe erzeugenden Einrichtungen). Er habe feststellen lassen, daß, wenn Württemberg 2000 einfache Wohnungen baue, diese auf insgesamt 40 Mill. zu stehen kommen. Die Einbringung eines Amtsbudgetgesetzes hält der Minister nicht für eine zwingende Notwendigkeit, er sei bereit, weiter in dem Sinne zu wirken, daß von Bezirk zu Bezirk und von Gemeinde zu Gemeinde eine Verständigung hierüber herbeigeführt werde. Es sei bedauerlich, daß früher über die Frage eines Neubaus des Ministeriums des Innern viel geredet worden sei, daß man aber die Tat nicht dabei folgen lassen. Dadurch sei die Erweiterung neuer Bureauräume notwendig geworden. Die Militärverwaltung zeige der Zivilverwaltung gegenüber in der Herabgabe von Mieträumen kein Entgegenkommen. Die Zentralstelle für Landwirtschaft könne wohl solange nicht an das Ministerium des Innern angegliedert werden, als noch die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln stattfindet. Die Kommunalverbände ließen

sich nicht von den Oberämtern loslösen; das sei auch die Ansicht zahlreicher Oberämter. Die Sozialisierungskommission könne und müsse, wenn sie weiter nötig sei, beim Ministerium des Innern bleiben, weil dort die Bewirtschaftung der Elektrizität und die Wasserwirtschaft untergebracht seien. Ob ein Kleinbahngesetz in Württemberg notwendig sei, vermöge er noch nicht zu sagen. Einen Abänderungsgesetzentwurf zum Gebäudebrandversicherungsgesetz werde er beim Zusammenritt des Landtags einbringen; die Regierung lege Wert darauf, daß dieser Entwurf noch in diesem Jahre zur Annahme gelange. Einen Gesetzentwurf über die Befoldungsverhältnisse der Körperchaftsbeamten hätte er schon eingebracht, wenn nicht durch das Reichsperregesetz neue Schwierigkeiten entstanden wären. Er hoffe, daß dieser Entwurf gleichfalls noch in diesem Jahre vom Landtag verabschiedet werden könne. — Die von den einzelnen Parteien gestellten Anträge kommen erst morgen zur Verhandlung. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Keine militärische Auslieferung Danzigs an Polen.

Berlin, 23. Nov. Die aus Paris zurückgekehrten Danziger Delegierten, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Sahm, haben, wie aus Danzig gemeldet wird, dortigen Pressevertretern Aufklärung über verschiedene Punkte gegeben, welche bei der bisherigen telegraphischen Berichterstattung unklar waren. Daraus ergibt sich zunächst, daß der Völkerbund nicht gewillt ist, in normalen Zeiten irgend einen fremden Macht zu gestatten, eine Garnison in Danzig zu unterhalten. In dem amtlichen Dokument heißt es u. a. über diesen Punkt: „Es ist wichtig, festzulegen, daß das Mandat, das gegebenenfalls vom Völkerbund der polnischen Regierung erteilt werden kann, niemals gegeben werden kann als ein Recht, das andere davon ausschließt, und daß es nur gegeben werden kann, nachdem der Rat des Völkerbundes in jedem Fall die besonderen Umstände erörtern hat, um zu vermeiden, daß der Völkerbund als Beschützer der freien Stadt Danzig in einem internationalen Kampf Partei nimmt, anders als in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerbunds.“ Ueber den neuen Oberkommissar für die Freistadt Danzig wissen auch die zurückgekehrten Delegierten nichts Bestimmtes. Seine jährlichen Bezüge sind auf 100 000 Goldfrank festgesetzt worden. Der Betrag soll durch Polen und Danzig gemeinsam aufgebracht werden. Die Danziger Sicherheitspolizei hat auf Beschluß des Völkerbundes die vom Deutschen Reich übernommenen Bestände an Waffen und Munition an Polen abzuliefern. England und Frankreich wollen dauernd im Danziger Hafen einige Kriegsschiffe stationieren, welche die Hoheitsrechte des Völkerbundes dokumentieren sollten.

Das Befinden der ehemaligen deutschen Kaiserin.

Die „Freisinformation“ meldet aus Amsterdam: Das Befinden der ehemaligen deutschen Kaiserin gilt fortwährend zu Besorgnissen Anlaß. Die Derzätigkeit ist schwach und unregelmäßig. Die Kaiserin erlitt in den letzten Wochen drei Schwächeanfälle, weshalb die Ärzte den Zustand als kritisch erklären.

Die französische Außenpolitik.

Paris, 22. Nov. Am Mittwoch wird die Regierung dem Kammerausschuss für die auswärtige Politik einen Bericht über die allgemeine Lage zu erstatten haben. Bertoux, der Präsident dieser Kommission, hat der Regierung mitgeteilt, er werde sie über die Haltung befragen, die die Regierung gegenüber Rußland und insbesondere gegenüber dem Krimtonflikt, sowie hinsichtlich Syrien und Cilizien und angesichts des Umschwungs in Athen einzunehmen gedenkt. Vor kurzem hat Bertoux in der Wochenschrift „Le Journal“ die französische Wrangelpolitik ziemlich heftig angegriffen. Diesen Angriffen haben sich Poincare und der Publizist Jules Millet in der „Europe Nouvelle“ angeschlossen. Die Sitzungen dieses Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten werden den ganzen Mittwoch in Anspruch nehmen, sodah die Plenarsitzung mehr als je auf ernste Prüfungnahme mit London angewiesen ist, werden alle Angriffsgefühle, die sich gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett bemerkbar machen, in den Hintergrund treten müssen, um die bevorstehende Konferenz des französischen Ministerpräsidenten mit Lloyd George nicht zu verzögern und um nicht von vornherein jede Aussicht auf Erfolge zu nehmen. In der Kammer ist übrigens auch eine Interpellation über die neue Lage in Griechenland und über die Frage der Revision des Friedensvertrages von Sevres eingebracht worden.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Es ist Anlaß gegeben, auf die oberamtl. Bekanntmachung vom 9. VII. 1919 (Enztaler Nr. 158) aufmerksam zu machen.

Eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke des hiesigen Bezirks befindet sich in Stuttgart, Rotenbühlstr. 133, Sprechstunden jeden Werktag — außer Samstag — nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Die Beratungsstelle hat die Aufgabe, Personen, welche an Geschlechtskrankheiten leiden oder gelitten haben oder zu leiden befürchten, kostenlos und streng verschwiegen zu beraten.

Für Geschlechtskranke von Wilddbad und Umgebung ist auch bei Herrn Medizinalrat Dr. Schöber in Wilddbad während seiner Sprechstundenzeit zur Beratung gegeben.

Neuenbürg, den 20. November 1920.

Oberamt:
Reg.-Assessor Milling.

Stückerei „Jodry“, Pforzheim,

Bleichstrasse 92.

Anfertigung von kompl.

Aussteuern,

im eigenen Betrieb hergestellt.

Stückerei, Feltons, Knopflöcher, Hohlräume, Kurbelstückerei.

Oberamt Neuenbürg.

Gründung einer freien Schlofferinnung.

Für den Oberamtsbezirk Neuenbürg soll eine freie Schlofferinnung neu gegründet werden.

Die von den Bevollmächtigten eingereichte Satzung ist von der Regierung des Schwarzwaldkreises genehmigt worden. Die Unterzeichner des Antrags und diejenigen, welche weiter der Innung beitreten wollen, werden zu der auf Samstag, den 27. November 1920, nachm. 8 Uhr in der Wirtschaft „Glatzsch“ in Neuenbürg anberaumten

Versammlung

berufen, in welcher die Innung konstituiert und die erforderlichen Wahlen zu den Innungsämtern usw. vorgenommen werden.

Den 22. Nov. 1920. Reg.-Aff. Milling.

Hausteine,

rauh oder bearbeitet,

Mauer-, Schichten- u. Stücksteine,

Platten in jeder Ausführung

liefert prompt

Adolf Oberst,

Steinbruch-Betrieb mit Anschluß-Gleis, Iffersbach i. B.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.

Betreff: Erleichterungen beim Eingehen

von Haftpflichtversicherungen.

Der landwirtschaftl. Bezirks-Verein hat mit dem Allgem. Deutschen Versicherungsverein A.G. Stuttgart einen Empfehlungsvertrag nach der Richtung abgeschlossen, daß alle Vereinsmitglieder, die eine neue Haftpflichtversicherung mit dem Allgem. Deutschen Versicherungsverein abschließen oder eine bereits bestehende Versicherung erneuern, einen Extra-Rabatt von 10% erhalten.

Wir machen unsere Mitglieder auf dieses Vertragsverhältnis aufmerksam und ersuchen sie, beim Abschluß von Haftpflichtversicherungen in ihrem eigenen Interesse auf dem Allgem. Deutschen Versicherungsverein Rücksicht nehmen zu wollen.

Vereinsvorstand Kübler.

Felle!!!

für Leder- wie Pelzfabrikation kauft zu den allerbilligsten Tagespreisen an

Erich Maischhofer, Pforzheim,

Moderne Tierausstopferei,

Lindenstr. 52. Telefon 1501.



